

hier helfen, dem Universalitätsprinzip Geltung zu verschaffen und die DDR mitarbeiten lassen wollen. Ich will dieser Frage nicht ausweichen.

Wir glauben nicht, daß es für die so sehr auf internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung angelegte Weltorganisation nützlich ist, wenn die deutschen Querelen in sie hineingetragen werden. Dies aber würde geschehen, wenn etwa beide deutsche Staaten aufgenommen würden, ehe ein befriedigendes normales Verhältnis zwischen ihnen hergestellt ist. Was nutzen die schönen Worte über die Solidarität zwischen allen Staaten, wenn nicht einmal zwischen den benachbarten Teilen des gleichen Volkes solidarisches Denken herrscht?

Leider haben wir bisher nicht feststellen können, daß die DDR gewillt ist, ihren Beitrag zu einer innerdeutschen Regelung zu leisten. Solange sich die Haltung Ost-Berlins in diesem Punkt nicht wandelt, sollte an den bestehenden Verhältnissen in den Vereinten Nationen selbst und in den Sonder- und Unterorganisationen nichts geändert werden. Wir müssen zuerst das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten insgesamt regeln, bevor wir in der Lage sein werden, unser Verhältnis in den internationalen Organisationen im beiderseitigen Einvernehmen festzulegen.

Wie lange dies dauert, hängt weitgehend von der DDR ab.

V

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die internationalen Organisationen haben einen langen, oft mühevollen Weg zurückgelegt, bis der Grad der internationalen Zusammenarbeit erreicht wurde, über den wir jetzt verfügen. Heute vollzieht sich ein besonders wichtiger Teil gemeinsamen Wirkens im

internationalen Bereich in den Sonder- und Unterorganisationen der Vereinten Nationen.

Ich glaube, daß wir gerade die Zusammenarbeit im Regionalen, so wie es zum Beispiel in der WHO oder der ECE geschieht, stärken sollten. Ähnlich wie wir die Einigung Europas vorantreiben und dabei im Auge haben, daß es sich nicht um einen abgekapselten Block handeln darf, sondern im Gegenteil um eine Zusammenarbeit, die auch anderen europäischen Staaten nutzen soll, so könnte auch eine Intensivierung regionaler Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Sonder- und Unterorganisationen zu einer Überbrückung der Gegensätze der einzelnen Blöcke führen und damit zu einem Mehr an Wohlfahrt für alle, zu einer Stärkung der Friedensordnung.

Wenn wir uns überlegen, welches die Etappen zu einer europäischen Friedensordnung sein könnten, so denken wir zunächst an den Abbau der militärischen Konfrontation und ein Instrumentarium zur Beherrschung von Krisen- und Kriegsgefahren. Ohne Frage aber gehört dazu gleichzeitig auch eine enge wirtschaftliche, kulturelle und technische Zusammenarbeit. Ja, eine Verflechtung der Interessen auf letzteren Gebieten wird wahrscheinlich erst das Vertrauen schaffen, das Truppenreduktion und Rüstungsbegrenzung ermöglicht.

Konkrete Kooperation in Sachbereichen bildet den eigentlichen Kitt für das Gebäude, in dem die Völker der Welt nebeneinander ohne Angst und Unterdrückung leben können. Sicher ist die Verwirklichung des Leitbildes der »one world«, der »einen Welt« der Vereinten Nationen noch fern, wir haben aber auf dem Weg dorthin schon erhebliche Fortschritte gemacht. Es lohnt sich, gemeinsam, mit kühler Energie und festem Willen, diesen Weg fortzusetzen.

Bedeutende Rolle der UNO in der Zweiten Entwicklungsdekade

DR. ERHARD EPPLER

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Auf der Feier zum 25jährigen Bestehen der Vereinten Nationen im Vortragssaal des Landesgewerbeamtes Stuttgart befaßte sich der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in einem Vortrag, der nachstehend wiedergegeben wird, vor allem mit Fragen der Entwicklungspolitik im Rahmen der »UN-Familie«. Besonderer Anlaß zu diesem Thema war der bevorstehende Beginn der Zweiten Entwicklungsdekade, an der die Bundesrepublik Deutschland maßgeblich beteiligt sein wird. Zu der Stuttgarter Veranstaltung hatten die Landesregierung, die Stadt Stuttgart und der Landesverband Baden-Württemberg der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen eingeladen. Außer dem Bundesminister ergriffen Ministerialdirektor Reiff vom Staatsministerium, Oberbürgermeister Dr. Klett, Vorstandsmitglied Schoettle MdB und Präsidialmitglied Dr. Löffler das Wort. Die Sprecher waren sich einig über die Notwendigkeit und Rentabilität einer Förderung der Weltorganisation im Hinblick auf eine Entwicklung zur Weltinnenpolitik. (Siehe auch die Bilder in diesem und dem vorigen Heft.)

In der Regierungserklärung, die Bundeskanzler Brandt vor einem Jahr abgegeben hat, steht der Satz, »die Bundesregierung beabsichtigt, in den Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen verstärkt mitzuarbeiten«. Wie Sie wissen, ist die Bundesrepublik Deutschland noch nicht Mitglied der Vereinten Nationen. Doch es gehört keine Prophetengabe dazu, sich vorzustellen, daß es kein weiteres Jubiläum der Vereinten Nationen mehr geben wird, ohne daß die Bundesrepublik Deutschland dort Mitglied wäre. Die Bundesregierung arbeitet schon jetzt sehr aktiv in den Sonderorgani-

sationen der Vereinten Nationen mit, in der sogenannten »Familie der UN«. Dieser Ausdruck ist übrigens sehr gut, denn er deutet an, daß es in dieser »UN-Familie« ungefähr so zugeht wie in anderen Familien, wo es auch Reibereien und Konflikte gibt.

Heute sollten wir einmal Bilanz ziehen über das, was in der sogenannten Ersten Entwicklungsdekade, die seinerzeit Präsident Kennedy angeregt und die die UN-Vollversammlung beschlossen hat, erreicht worden ist.

Es gibt schon eine ganze Anzahl von Bilanzen: den Pearson-Bericht, den Tinbergen-Bericht, den Martin-Bericht. Worum geht es bei alledem? Es geht darum, daß wir eine nüchterne Bestandsaufnahme dessen machen, was in den letzten zehn Jahren bei zwei Drittel der Erdbevölkerung, die in zwanzig Jahren drei Viertel der Erdbevölkerung werden, besser und was möglicherweise sogar schlechter geworden ist.

Die Erste Entwicklungsdekade hatte es sich zum Ziel gesetzt, in den Entwicklungsländern ein wirtschaftliches Wachstum von durchschnittlich 5% im Jahr zu erreichen. Erstaunlicherweise ist dieses Ziel im ganzen erreicht worden. Trotzdem war die Dekade kein ganzer Erfolg, denn mehr als die Hälfte dieses wirtschaftlichen Wachstums wurde durch einen raschen Bevölkerungszuwachs aufgezehrt, und im übrigen haben die Handelsstrukturen dafür gesorgt, daß der Fortschritt beschränkt geblieben ist. Die Entwicklung war von Land zu Land außerordentlich verschieden. Erfolge haben Länder wie Taiwan, Thailand, Südkorea aufzuweisen — bei allen dreien hat sicherlich ein starker Kapitalstrom aus den Vereinigten Staaten mitgewirkt —, aber auch Mexiko, Peru, die Elfenbein-

küste und erstaunlicherweise auch Ägypten, trotz vieler Rückschläge. Daneben steht die ausgesprochen schlechte Performance, wie es im Fachjargon heißt, von Ländern wie Indonesien, das nach der Sukarno-Epoche knapp einem totalen wirtschaftlichen Ruin entging; die Mißerfolge von Ländern wie Kongo-Brazzaville, Kongo-Kingshasa, dort zum Teil kriegsbedingt, von Somalia, Mali, von der Zentralafrikanischen Republik, aber auch von Ländern wie Uruguay, das eine sehr viel bessere Ausgangsposition gehabt hat, auch von einem der ärmsten Länder in Lateinamerika, Haiti. Diese Mißerfolge waren einmal durch unrealistische Planungen bedingt — da haben wir einiges hinzulernt —, aber auch durch völlig inadäquate soziale Strukturen, wie etwa der Bodenverteilung in Lateinamerika. Vielleicht war einer der Gründe für das relative Scheitern in manchen Ländern auch darin zu suchen, daß man wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis haben wollte und gar nicht bemerkte, daß dabei die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in den einzelnen Ländern immer größer wurden, die sich später in politischen und sozialen Explosionen äußern mußten. Das heißt, ganz allgemein hat man in der Ersten Dekade viel zu wenig beachtet, daß Fortschritt eben nicht nur wirtschaftliches Wachstum bedeutet, sondern auch sozialen Wandel. Und deshalb sieht es in einigen Bereichen heute insgesamt nicht besser aus als vor zehn Jahren.

Nehmen Sie den Bereich der *Bildung*. Obwohl heute doppelt so viele Kinder in die Schule gehen als vor fünfzehn Jahren, gibt es heute etwa 100 Millionen Analphabeten mehr als vor zwanzig Jahren. Wir haben heute 800 Millionen Analphabeten auf diesem Globus.

Was die *Beschäftigung* angeht, gibt es zwar keine exakten Zahlen, weil in Entwicklungsländern sehr schlecht festzustellen ist, wer noch beschäftigt und wer schon unbeschäftigt ist. Aber man kann rechnen, daß dort etwa 20 % der arbeitsfähigen Menschen permanent arbeitslos sind und daß die Zahl der Unterbeschäftigten oder nur formal Beschäftigten mindestens noch einmal dieselbe Zahl ausmacht. Es gibt jetzt die erste exakte Studie auf diesem Gebiet, über ein relativ fortgeschrittenes Land, Kolumbien. Darin wird festgestellt, daß heute jeder vierte Kolumbianer arbeitslos ist. Wenn die Schaffung der Arbeitsplätze im selben Tempo wie bisher weitergeht, muß man im Jahr 1985 damit rechnen, daß entweder jeder Dritte oder zwei Fünftel der Menschen im arbeitsfähigen Alter arbeitslos sind, also zwischen 33 % und 40 %. Wer der älteren Generation angehört, weiß, was in unserem Land schon eine Arbeitslosenquote von einem Viertel an politischen Katastrophen nach sich gezogen hat, und mag sich ausmalen, welches Feld sich hier der Demagogie öffnet.

Oder nehmen Sie die *Agrarstruktur*. In Indien verfügen 12 % der bäuerlichen Familien über mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche. In Brasilien besitzen weniger als 10 % der Familien 75 % des Landes. Diese Verteilung führt in manchen Ländern dazu, daß gutes Land sehr viel weniger intensiv bearbeitet wird, als es für die Ernährung der Bevölkerung nötig wäre. Es gibt aber auch zunehmende Unterschiede zwischen den verschiedenen Landesteilen. So ist etwa in Pakistan der Unterschied im Pro-Kopf-Einkommen zwischen Ostpakistan und Westpakistan von 25 % auf 38 % gestiegen, so daß sich heute zwischen dem ärmeren Ostpakistan und dem etwas wohlhabenderen Westpakistan die Differenzen vergrößert haben. Das heißt, nach der Ersten Entwicklungsdekade ist die Kluft zwischen Industrieländern und den Entwicklungsländern nicht nur nicht kleiner sondern größer geworden oder, noch provozierender ausgedrückt, der *Zuwachs* des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1969 ist größer als das gesamte durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der afrikanischen Länder.

Auf der Weltbankkonferenz im September dieses Jahres in Kopenhagen hat Robert McNamara auf die drohenden Folgen des unkontrollierten Bevölkerungswachstums hingewiesen. Es hat in den 60er Jahren gewisse Fortschritte bei der Bevölkerungsplanung gegeben; während 1960 nur drei Länder Bevölkerungsprogramme durchgeführt haben, sind es jetzt 22 Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika, in denen insgesamt 70 % der Bevölkerung der Entwicklungsländer leben. 1960 befaßte sich keine einzige internationale Organisation mit praktischer Familienplanung. Inzwischen gibt es einen UN-Fonds für Bevölkerungsfragen, dessen Beirat ich selbst angehöre, und eine Reihe von UN-Organisationen, zum Beispiel die UNESCO, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation (FAO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), das Weltkinderhilfswerk (UNICEF). Auch die OECD, die nicht zur UNO gehört, und die Weltbank haben Bevölkerungsabteilungen eingerichtet. Die Aufgabe des neuen UN-Bevölkerungsfonds ist es, diese Anstrengungen zu einer gemeinsamen Strategie zusammenzufassen, um zu verhindern, daß jetzt alle zehn Jahre, und ab 2000 alle acht Jahre, die Erdbevölkerung um eine Milliarde wächst. Wie man an dem Beispiel der Bevölkerungsplanung sehen kann, befassen sich heute viele UN-Organisationen mit Entwicklungshilfe, und bei den meisten ist sie bereits der Schwerpunkt ihrer Arbeit.

In der Gründungscharta der Vereinten Nationen heißt es, sie wollten zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit beitragen und zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen. Dies auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker und eines allgemeinen Gewaltverzichts.

Wir müssen zugeben, daß dazu die Vereinten Nationen wenig beitragen konnten. Sie sind eine Organisation, die häufig nicht einmal in der Lage ist, ihre eigenen Mehrheitsbeschlüsse durchzuführen. Im Auftrag Präsident Nixons hat der erfahrene Diplomat Cabot Lodge, der ja auch lange US-Chefdelegierter bei den Vereinten Nationen war, einen Bericht über die Leistungen der UNO erstellt. Darin führt er folgende an: Den Abzug der ausländischen Truppen aus Persien im Jahr 1947, die Abwehr der Aggression gegen Korea im Jahre 1950, die Befreiung der amerikanischen Kriegsgefangenen in Korea im Jahre 1955, den Waffenstillstand und Truppenabzug im Zusammenhang mit der Suezkrise von 1956, die Entsendung einer UN-Truppe in den Gazastreifen, den Waffenstillstand bzw. die Waffenruhe in Indonesien, Kaschmir und Zypern, die Entsendung einer UN-Streitmacht von 20 000 Mann in den Kongo, die Mitwirkung am Zustandekommen mehrerer Teilabrüstungsverträge und die Umwandlung früherer Kolonien in unabhängige Staaten.

Ich glaube, wenn man diesen Bericht kritisch liest, wird man feststellen, daß das, was hier als Leistung der UNO angegeben ist, entweder die Leistung oder die Tätigkeit einer einzigen Weltmacht, nämlich der Vereinigten Staaten, war oder auf einer Übereinkunft zwischen den beiden Supermächten beruhte oder aber, und das betrifft die Umwandlung früherer Kolonien in unabhängige Staaten, ohnehin unvermeidlich war. Trotz allem, obwohl die Vereinten Nationen nur handlungsfähig sind, wenn die ganz Großen sich einig sind, war der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein Forum, durch den mancher Mittlerdienst geleistet werden konnte.

An der letzten Aufgabe, nämlich der Umwandlung früherer Kolonien, arbeiten die UN immer noch; wenn ich das richtig sehe, im Augenblick mit nicht allzu großem Erfolg, vor allem, was das letzte große Kolonialgebiet der Erde angeht. Ich möchte hier hinzufügen, daß die Öffentlichkeit in den NATO-Ländern die Bemühungen der Vereinten Nationen unterstützen könnte. Es könnte sein, daß die letzte Kolonialmacht das, was in der Öffentlichkeit der BRD oder in Großbritannien vor



sich geht, mindestens so ernst nimmt wie Beschlüsse der Vereinten Nationen.

Vielleicht noch ein Kuriosum aus dem Bericht von Cabot Lodge. Da wird unter den Fällen, wo nach Meinung von Cabot Lodge die Vereinten Nationen versagt hätten, der Vorwurf erhoben, die UN hätten es versäumt, eine Regeiung für Vietnam zustande zu bringen.

Vorsichtig ausgedrückt haben da wohl auch andere etwas versäumt oder gelegentlich etwas zuviel getan. Wir können die Vereinten Nationen nicht verantwortlich machen für Konflikte, die zwischen den Weltmächten ausgetragen werden. Der Präsident der 25. Vollversammlung, der Norweger Edward Hambro, hat in seiner Antrittsrede gesagt: »Wir kennen die Probleme und wir haben die Mittel, sie zu lösen, wir brauchen aber auch den Willen, um im nüchternen Bewußtsein der Sehnsucht aller Völker nach Fortschritt, Gerechtigkeit und Frieden zu handeln«. Das klingt sehr schön. Frieden, Fortschritt und Gerechtigkeit, in dieser Reihenfolge legte die 24. Vollversammlung das Motto für die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Gründung der UNO fest. Übrigens wissen die Eingeweihten, daß es über die Einbeziehung des Wortes »Gerechtigkeit« einen langen Kampf hinter den Kulissen gegeben hat. Die Sonderbriefmarken mit dem ursprünglich vorgesehenen Motto »Frieden und Fortschritt« waren bereits im Druck. Allein der Tatbestand, daß es vor allem die Entwicklungsländer waren, die darauf drängten, daß der Begriff der Gerechtigkeit hier hereinkam, mag uns einen Vorgeschmack auf das geben, was wir in der Zweiten Entwicklungsdekade an Dynamik erleben werden. In der Zweiten Entwicklungsdekade soll dieser Fortschritt eben nicht nur wirtschaftlichen sondern auch sozialen Fortschritt bedeuten, und das heißt Strukturwandel mit dem Ziel größerer sozialer Gerechtigkeit. Ich möchte hier feststellen, daß dieses Ziel künftig auch in der deutschen Entwicklungspolitik wesentlich stärker beachtet werden wird: Wenn wir Projekte machen, so nicht nur unter dem Aspekt, wieviel wirtschaftliches Wachstum sie produzie-

ren, sondern unter dem Aspekt, inwiefern sie in der Lage sind, Menschen zu mobilisieren, Chancen gleicher zu machen, Einkommensunterschiede zu reduzieren. Die internationalen Organisationen, insbesondere die der »UN-Familie«, müssen und werden nach Meinung der Bundesregierung in der Entwicklungshilfe zukünftig ein stärkeres Gewicht haben, allerdings sind einige bereits an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, wie der Jackson-Bericht festgestellt hat. Es wird nun darauf ankommen, das UN-System, seine verschiedenen Sonderorganisationen, so zu koordinieren, daß sie nicht aneinander vorbeiarbeiten. Dies soll vor allem über den Resident Representative von UNDP im jeweiligen Land geschehen, der in Zukunft Resident Director heißen soll. Es ist der Wille der Bundesregierung, ihre bilaterale Entwicklungshilfe, wo immer möglich, in einen von den internationalen Organisationen gesetzten Rahmen einzufügen. Als ich das vor über einem Jahr als die Absicht meines Ministeriums vortrug, gab es noch einige Widerstände. Inzwischen können Sie denselben Satz in der Botschaft von Präsident Nixon vom 15. September 1970 an den amerikanischen Kongreß lesen. Dies wird eine weltweit akzeptierte Haltung werden, weil wir es uns nicht mehr leisten können, die Projekte einzeln und aneinander vorbeizuplanen. Deshalb wollen wir auch eine Koordination der verschiedenen Aktivitäten der Industrieländer, der UN-Organisationen, der Weltbank und natürlich der Planungsbehörden des Entwicklungslandes im jeweiligen Lande zustandebringen, und Sie wissen, daß eine internationale Konferenz nicht weit von Stuttgart in diesem Sommer dabei ein ganzes Stück weitergekommen ist.

Niemand kann sagen, ob die Zweite Entwicklungsdekade, so wie sie jetzt geplant ist und wie sie gestern in der UN-Vollversammlung verabschiedet wurde, ein Erfolg werden wird. Man hat das wirtschaftliche Wachstumsziel von 5% auf 6% hochgeschraubt. Im handelspolitischen Bereich konnten sich die Industrieländer nur dazu durchringen zu versprechen, sie würden sich bemühen, bis Ende 1972 diskriminierende Praktiken gegenüber den Entwicklungsländern abzubauen. Sie haben sich bereit erklärt, ein Zollpräferenzsystem einzurichten, von dem noch nicht ganz klar ist, wieviel es bewirkt.

Die Bundesrepublik kann den meisten Zielen für die Zweite Entwicklungsdekade guten Gewissens zustimmen, zum Beispiel dem sogenannten Volumenziel von 1% des Bruttosozialproduktes für Kapitaltransfer in Entwicklungsländer. Dies ist für uns deshalb nicht schwierig, weil wir im letzten Jahr ohnehin schon 1,33% transferierten. Allerdings handelt es sich hier nicht um öffentliche Entwicklungshilfe, sondern um den gesamten Kapitaltransfer. Unsere öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen werden wir auch in den kommenden Jahren um 11% im Jahr steigern. Ursprünglich waren wir der Meinung, daß wir so das inzwischen von den Vereinten Nationen in ihrem Strategiedokument festgelegte Ziel von 0,7% des Bruttosozialproduktes für öffentliche Entwicklungshilfe bis Ende des Jahrzehnts erreichen könnten. Dies ist inzwischen durch die sehr viel größeren Wachstumsraten unseres Bruttosozialproduktes wieder in Zweifel gezogen worden. Wir werden uns hier wahrscheinlich in den nächsten Jahren noch einiges Neue einfallen lassen müssen.

Auch die Bundesländer haben Erstaunliches auf diesem Gebiet geleistet. Im Jahr 1969 sind 66 Millionen DM an Entwicklungshilfe aus den Ländern gekommen. Wenn sich der Beitrag der Länder in den nächsten Jahren proportional ebenso erhöhen sollte wie der des Bundes, würde ich dies sehr begrüßen.

Die Ziele, die jetzt in den Vereinten Nationen für die Zweite Entwicklungsdekade festgelegt wurden, sind nicht das, was wirklich nötig wäre, und trotzdem werden wir alle Mühe haben, sie zu erreichen. Ich habe das Gefühl, daß eine neue Dynamik im Verhältnis zwischen Süd und Nord manche dieser Ziele in absehbarer Zeit überrollen oder auch ungenügend er-

scheinen lassen könnte. Diese Dynamik wird gespeist werden, von den jungen Menschen in den Entwicklungsländern, wo meist mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter zwanzig Jahren alt ist und wo nur jeder dritte eine wirkliche Chance hat, einen Arbeitsplatz zu finden. Sie wird gespeist werden von dem Ruf der jungen Generation dort nach einer Chance und möglicherweise von dem Ruf der jungen Generation hier nach mehr Gerechtigkeit. Deshalb wird auch die Dekaden-Planung überprüft werden müssen. Die Überprüfung ist insbesondere dem Ausschuß für Entwicklungsplanung unter seinem Vorsitzenden und meinem Freund Jan Tinbergen aus den Niederlanden übertragen worden. Dieser Ausschuß wird spätestens 1973 die ersten Ergebnisse prüfen. Bis dahin wird noch einiges Wasser den Neckar und auch den Sambesi hinabfließen, und ich könnte mir vorstellen, daß aus dieser Bewertung eine Neubewertung und vielleicht eine sehr schmerzliche Überprüfung werden könnte. Die Schwierigkeit der Dekadenplanung liegt darin, daß sie zum falschen Zeitpunkt kam. Sie kam zu einem Zeitpunkt, da gerade in den Vereinigten Staaten die öffentliche Meinung in bezug auf Entwicklungshilfe ein Tief erreicht hat wie nie zuvor, wo also auch die Bereitschaft der Regierung nicht sehr viel größer sein kann. Es ist nicht mehr so, daß sich die übrigen Geberländer an den Leistungen und am Willen der Vormacht der westlichen Welt orientieren können, sondern die Engagierten in den Vereinigten Staaten blicken hilfeschend nach Europa, ob von dort neue Impulse ausgehen. Es wird jetzt darauf ankommen, daß wir hier unsere Anstrengungen so verstärken, daß auch die Vereinigten Staaten das Tief überwinden, in dem sie im Augenblick stecken.

Es war ein früherer Verteidigungsminister, nämlich Robert McNamara, der festgestellt hat, daß gegenwärtig in der Welt im Jahr für 7 Milliarden Dollar öffentliche Entwicklungshilfe geleistet wird, während die Rüstungsausgaben 180 Milliarden Dollar betragen. Dies ist ein Verhältnis von etwa 1 zu 25. McNamara hat hinzugefügt, gäbe es nur eine 5prozentige Verschiebung von der Rüstung zur Entwicklungshilfe hin, so kämen wir in die Nähe des von der Pearson-Kommission gesteckten Ziels, nämlich von mindestens 0,7 % des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe. Dies sollte auch uns treffen, obwohl wir nicht das Verhältnis 1 zu 25 zwischen Entwicklungshilfe und Rüstung haben, sondern »nur« das Verhältnis von 1 zu 8. Auch mit diesem Verhältnis sollten wir uns nicht

zufriedengeben. Mindestens ein Viertel der gesamten Menschheit wird dem Eintritt in das 21. Jahrhundert in einem Zustand der Armut entgegensehen, der wegen des Kontrastes zu den anderen immer unerträglicher sein wird.

Ich schließe mich der Meinung von Lester Pearson an, dem früheren kanadischen Premierminister, dem Hauptverfasser des nach ihm benannten Berichts, daß »ebensowenig wie ein Land ein ganzer Planet, halb versklavt, halb frei, halb im Elend ertrinkend, halb galoppierend auf dem Weg zu den vermeintlichen Freuden des fast uneingeschränkten Konsums, überleben kann«. »Das ist der Weg in die Katastrophe, aber es ist der Weg, auf dem wir uns heute fortbewegen, es sei denn, wir wären bereit, die Richtung zu wechseln, und zwar rechtzeitig.«

Zu diesem Richtungswechsel gehört sicherlich auch, daß wir Schluß machen mit unserer mitleidigen Überheblichkeit, wenn das Wort UNO fällt. Diese UNO ist so gut und so schlecht wie der Zustand dieser Weltgesellschaft, aber sie ist für viele, vor allem auf dem Gebiet der Entwicklung, der Entwicklungshilfe, die größte Hoffnung. Sie hat möglicherweise bei der direkten Friedenssicherung nicht viel erreichen können, aber sie übernimmt jetzt bei der indirekten Friedenssicherung eine Führungsrolle. Ich habe auf der 16. Generalkonferenz der UNESCO die Erklärung der Bundesregierung abgeben dürfen, und da habe ich gesagt: »Wir müssen in der nächsten Dekade noch vieles lernen; vor allem müssen wir lernen, daß es keine Dritte und Zweite und Erste Welt gibt, sondern nur Eine, die einzige, die wir haben. Wir haben nämlich keine andere.«

So einfach ist das. Und ich habe hinzugefügt, daß wir heute die Fähigkeit und die Macht haben, diese einzige Welt, die wir haben, entweder zu zerstören oder zu entwickeln. Ersteres ist heute sehr viel einfacher, geht sehr viel rascher, und es ist mit dem, was an Material angehäuft ist, sogar billiger. Letzteres ist sehr viel mühsamer, erfordert wahrscheinlich noch sehr viel Mut, sehr viel mehr Mut, aber der Versuch lohnt sich. Er lohnt sich sogar dann, wenn wir nicht wissen, ob er gelingt, und deshalb lassen Sie mich schließen mit einem Wort, das Generalsekretär U Thant zum Beginn dieser Zweiten Entwicklungsdekade gesagt hat: »Wenn es irgendwelche Alternativen gäbe, wäre der Erfolg oder die Niederlage der Vereinten Nationen ziemlich unwichtig«. Aber soweit ich es sehen kann, sind Alternativen nicht in Sicht.

Blick auf die Zuhörerschaft beim Referat von Bundesminister Dr. Eppler in Stuttgart am 26. Oktober 1970. Das Bild zeigt vorne v. r. n. l. Oberregierungsdirektor Barthels, Bundesvorstandsmitglied und Geschäftsführer des Landesverbands Baden-Württemberg der DGVN, Polizeipräsident Rau, Rechtsanwalt Dr. Löffler, Ministerialdirektor Reiff vom Staatsministerium Baden-Württemberg, Oberbürgermeister Dr. Klett, Präsidialmitglied Schoettle MdB und Landesbischof D. Dr. Claß. — Das Bild auf der Seite 172 zeigt Bundesminister Dr. Eppler im Gespräch mit Präsidialmitglied Rechtsanwalt Dr. Löffler beim Empfang im Anschluß an das Referat des Ministers. (Siehe die Ausführungen des Ministers S. 170 ff. und das Bild in VN 5/70 S. 153.)

